

Manövern, da diese „die gerade eben verbesserten Beziehungen zwischen dem Vatikan und Bulgarien schlagartig verschlechtern und der Vatikan negativ auf die öffentliche Meinung anderer katholischer Länder in Europa gegenüber Bulgarien einwirken könnten“. Der päpstliche Nuntius in Bulgarien, *Mario Rizzi*, äußerte sich zu der Affäre nicht. Vielleicht vertraut er auf die Wirkung des Katholizismus, die

sich bei bulgarischen Orthodoxen in Ansätzen zeigt: Dank der bewahrten Autorität der katholischen Kirche habe Polen den „normalsten“ Übergang zu postkommunistischen Verhältnissen geschafft (heißt es in den bulgarischen Kommentaren), und ganz allgemein gelte der Satz des russischen Religionsphilosophen Berdjajev: „Die orthodoxe Kirche soll von der katholischen lernen.“

Wolf Oschlies

Auf dem Weg zur Normalisierung?

Politische, wirtschaftliche und kirchliche Probleme in Sri Lanka

Durch den Sieg der bisherigen Opposition bei den Parlaments- und Präsidentenwahlen hat sich in Sri Lanka ein Machtwechsel vollzogen. Schwerste Hypothek des Inselstaates ist nach wie vor der Konflikt zwischen singhalesischer Mehrheit und tamilischer Minderheit. Im Norden des Landes hat sich unter Führung der „Tamil Tigers“ de facto ein Staat im Staate etabliert. Auch in der katholischen Kirche Sri Lankas machen sich die Spannungen zwischen den Volksgruppen bemerkbar.

Die Entscheidung für den politischen Wandel in Sri Lanka, der sich bei den Parlamentswahlen im August 1994 angezeigt hatte, als die Opposition unter *Chandrika Kumaratunga* knapp die Mehrheit gewann, setzte sich eindrucksvoll fort bei der Präsidentenwahl am 9. November. Durch das Attentat auf *Gamini Dissanayake* von der „United National Party“, der am 24. Oktober zusammen mit über 50 anderen Personen ums Leben kam, schien die Durchführung der Präsidentenwahl für kurze Zeit gefährdet. Die mutmaßliche Absicht der Attentäter, den Normalisierungsprozeß in Sri Lanka zu stoppen, ging jedoch nicht auf, da im Einvernehmen zwischen Regierung und Opposition am ursprünglichen Datum 9. November festgehalten wurde. Am Ende gewann Ministerpräsidentin *Kumaratunga* mit 62 Prozent der Stimmen die Präsidentenwahl klar gegenüber der Kandidatin der Oppositionspartei, *Srima Dissayanake*, die es auf 38 Prozent brachte.

Die Parlamentswahlen als Wendemarke

Für den Rückhalt der neuen Regierungspartei in der Bevölkerung spricht weiter, daß die Wahlbeteiligung mit 75 Prozent für die gegenwärtig herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse in Sri Lanka sehr hoch lag. Noch bei keiner vorausgegangenen Präsidentenwahl hat es ein so eindeutiges Votum für einen der Kandidaten gegeben, wie es jetzt Frau *Kumaratunga* verzeichnen kann. Es muß sich jetzt zeigen, ob die Worte der Siegerin: „Wir sind am Ende des dunklen Tunnels angelangt und können nun einer Ära der Freiheit und des Lichts entgegengehen“, in Erfüllung gehen. Frau *Kumaratunga* sieht in dem Wahlergebnis auch eine klare

Unterstützung ihres bisher gegenüber den tamilischen Rebellen eingeschlagenen Weges zur Versöhnung.

Von 1977 bis 1994 regierte in Sri Lanka die „United National Party“ (UNP) ununterbrochen. Ihre Politik der Liberalisierung hat die Wirtschaft des Landes im großen Maße umstrukturiert. Durch die Errichtung von großen Freihandelszonen wurden viele ausländische Investoren angezogen und für viele Menschen neue Arbeitsplätze geschaffen. In den beiden Wahlkämpfen für das Parlament und um das Präsidentenamt in den letzten Monaten ging es daher auch um die Frage, ob die *sozialen Kosten*, die diese Entwicklung begleiteten, durch die wirtschaftlichen Erfolge aufgewogen werden. Es versteht sich, daß die United National Party die positiven Seiten herausstellte. Zu den positiven Ergebnissen dieser Wirtschaftspolitik rechnet sie, daß die einseitige Abhängigkeit Sri Lankas von wenigen Plantagenprodukten, vorrangig Tee, aber auch Kautschuk und Kokosnußprodukte, abgebaut werden konnte.

Der andere Aktivposten ist das große Anwachsen des *Tourismussektors* in den Anfangsjahren der neuen Wirtschaftspolitik. Allerdings hat der fortdauernde Bürgerkrieg die großen Erwartungen auf ein ständiges Wachstum des Tourismus gedämpft. Hinzu kommt noch, daß gerade auf diesem Sektor die negativen sozialen Folgen am stärksten sichtbar wurden. Phänomene wie das Anwachsen von Prostitution, besonders von Homosexualität mit Kindern, und die Zunahme von Rauschgiftdelikten machten die Schattenseiten des Tourismusbooms nur zu deutlich.

Die starke zentrale Führung durch die im Präsidentenamt gebündelte Macht hat das politische Klima nachträglich in Richtung einer absolutistischen und willkürlichen Machtausübung verändert. Begleitumstände dieser Machtkonzen-

tration waren das Anwachsen von Korruption und Vetternwirtschaft. Die langjährige Herrschaft nur einer Partei brachte mit sich, daß viele junge Wähler bei der jetzigen Wahl des Parlaments sich kaum noch daran erinnern konnten, daß die „Sri Lanka Freedom Party“ (SLFP) jemals an der Macht gewesen war. Die entscheidenden Themen des Wahlkampfes waren der Stand der Wirtschaft und die Probleme des seit Jahren herrschenden Bürgerkriegs. Die Kosten dieses Bürgerkrieges belaufen sich für die Regierung auf 1 Million US-Dollar pro Tag, was, aufs Jahr umgerechnet, 20 Prozent des Staatshaushaltes bedeutet. Das Wirtschaftswachstum lag trotzdem in den letzten Jahren immerhin noch bei durchschnittlich 5 Prozent. Allerdings wurde dieser Zuwachs durch eine zweistellige Inflationsrate de facto wieder zunichte gemacht.

Der Wahlkampf war begleitet von der Vergabe vieler Geschenke und der Gewährung von Subsidien, die den marktwirtschaftlichen Prinzipien, wie sie die Regierung von Präsident *Dingiri Banda Wijetunga* vertreten hat, widersprachen. Der damalige Ministerpräsident *Ranil Wickremasinghe* war stolz darauf, mit *Anura Bandaranaike* einen prominenten ehemaligen Vertreter der SLFP in seinem Kabinett zu haben. Seine Schwester *Chandrika Kumaratunga* hatte als Führerin der „People's Alliance“ aus der SLFP und anderen Parteien es verstanden, die unter der alten Regierung weitverbreitete Korruption zum zentralen Wahlkampfthema zu machen. Die Abkürzung UNP wurde z. B. mit „Uncle-Nephew-Party“ wiedergegeben. Die Antwort der UNP bestand wiederum in einer Verballhornung der Abkürzung der Oppositionspartei SLFP in „Sri Lanka Family Party“, um damit auf die beherrschende Stellung des *Bandaranaike*-Clans in der SLFP hinzuweisen.

Jetzt nach den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen ist die Tochter zweier Ministerpräsidenten am Ziel. Nach ihrem Vater *Solomon Bandaranaike*, der 1959 ermordet wurde, und ihrer Mutter *Sirimavo Bandaranaike*, die von 1960 bis 1965 und von 1970 bis 1977 als Ministerpräsidentin amtierte, ist sie die dritte der Familie an der Spitze der Regierung und jetzt auch des Staates. Ihr Mann, der als Filmschauspieler sehr erfolgreiche *Vijaya Kumaratunga*, war nach seinem Eintritt in die Politik wegen seiner marxistischen Ideen umstritten. Wahrscheinlich wurde er wegen seiner Kontakte mit den „Tamil Tigers“ 1988 das Opfer von Attentätern.

Die vorrangige politische Aufgabe: den Bürgerkrieg beenden

Bei den Wahlen am 16. August gelang es der Volksallianz von *Chandrika Kumaratunga*, 105 der zu vergebenden 225 Parlamentssitze zu gewinnen. Die bisher regierende UNP kam auf 94 Mandate, was immerhin respektable 44 Prozent der Stimmen bedeutet. Bei der Führung der Regierungsgeschäfte bleibt *Chandrika Kumaratunga* aber auch weiterhin

auf die Unterstützung der Tamilen-Parteien, der „Tamilischen Vereinigten Volksbefreiungsfront“ und der „Demokratischen Befreiungsfront“ angewiesen. Allerdings hat sich durch den Ausgang der Präsidentenwahl ihre Stellung deutlich verbessert.

Bei den Auseinandersetzungen, die zum Bürgerkrieg geführt haben, geht es um die Anliegen der nationalen Minderheiten, vor allem der Tamilen. Auch wenn die ethnische Zusammensetzung auf der Tee-Insel im Zuge der Kolonialpolitik der Engländer durch die Einwanderung von indischen Tamilen, den sogenannten *Plantagen-Tamilen*, im letzten Jahrhundert noch einmal verändert wurde, leben Singhalesen und Tamilen schon seit fast 2000 Jahren mehr oder weniger friedlich auf Sri Lanka zusammen. 1981 wurde die letzte Volkszählung durchgeführt, nach der der Anteil der Singhalesen bei 74 Prozent, der der Tamilen bei 18,2 Prozent (von ihnen waren 5,6 Prozent Indien-Tamilen), der der „Moors“ – die offizielle Bezeichnung der Muslime – bei 7,1 Prozent und der der sog. „Burgher“ bei 0,26 Prozent lag.

Es waren die Engländer, die während ihrer Kolonialherrschaft (1815–1947) erstmals eine zentrale Verwaltung für die gesamte Insel einführten und der bis dahin bestehenden Viel- und Kleinstaaterei ein Ende machten. Nach Erreichung der Unabhängigkeit im Jahre 1947 glaubten die neuen politischen Machthaber, d. h. die Mehrheit der Singhalesen, der koloniale Zentralismus lasse sich im demokratischen Rahmen fortführen. Die von den Singhalesen eingeschlagene Politik zielte eindeutig auf die Unterwerfung der ethnischen und religiösen Minderheiten. Ihre Absicht, als Landessprache für Wirtschaft, Erziehung und Massenkommunikation ausschließlich Sinhala durchzusetzen – Verabschiedung der „Sinhala Only Act“ von 1956 –, provozierte die Minderheiten, vor allem die Tamilen, zu immer größerem Widerstand bis hin zur bewaffneten Rebellion.

Eine große Last des Bürgerkrieges und der ideologischen Auseinandersetzungen sind die insgesamt 60 000 *verschwundenen Kinder, Jugendlichen und Männer*, die bei der Verfolgung der singhalesischen marxistischen Organisation JVP (*Janata Vimukti Peramuna*) zwischen 1987 und 1990 ermordet wurden. Die Ermordung des Führers der JVP, *Rohana Wijeweera*, und seines Stellvertreters *Gamanayaka* im November 1989 bedeutete de facto das Ende einer Schreckensherrschaft, die diese Organisation mit ihrer tödlich effektiven Terrorpolitik ausgeübt hatte. Der interne Kampf unter den Singhalesen hat möglicherweise die gleiche Anzahl von Todesopfern gefordert wie die bisherige Auseinandersetzung mit der tamilischen Minderheit unter der Führung der „Befreiungstiger von Tamil Eelam“ (LTTE = Liberation Tigers of Tamil Eelam).

Auch nach den Wahlen im August und November dieses Jahres bleibt das Problem der Tamilen und damit die Auseinandersetzung mit den LTTE das zentrale innenpolitische Thema. Zwar spielt Indien weiterhin eine wichtige Rolle im Bürgerkrieg Sri Lankas, die Erfahrungen aus der Episode des direkten Eingreifens unter *Rajiv Gandhi* (1987–1990) im

Zusammenspiel mit dem damaligen Präsidenten Premadasa haben jedoch bewirkt, daß Indien die direkte Interventionspolitik aufgegeben hat. Die langjährigen Versuche der Regierung Sri Lankas wiederum, mit Hilfe der Armee das Problem militärisch zu lösen, brachten zwar viele Tote und Verwundete, aber keine Lösung. Immer wieder hat es *Velupillai Prabhakaran*, der mittlerweile 40jährige Führer der LTTE, verstanden, seine Gruppe neu zu formieren und ihre Kampfbereitschaft zu stärken. Gegenüber potentiellen Rivalen und vor allem gegen Informanten geht er mit großer Brutalität vor. Die von der LTTE-Führung bisher vertretenen politischen Maximalziele – so hat Prabhakaran erklärt, daß jeder, der das Ziel der politischen Unabhängigkeit eines „Tamil Eelam“ in Frage stellt, mit dem Tod bestraft werden müsse – stehen einer Kompromißlösung im Wege.

Die im Nordteil von Sri Lanka gelegene Halbinsel von Jaffna als der vorläufigen Hauptstadt von „Tamil Eelam“ ist seit Jahren fest in der Hand der LTTE. Es hat sich dort eine De-facto-Regierung der LTTE gebildet; sie erhebt Abgaben, die praktisch Steuern gleichkommen und mit denen die Verwaltung und vor allem der bewaffnete Kampf finanziert werden. Eine besondere Geldquelle stellen die „Ermächtigungsscheine“ dar, die als eine Art Paßersatz für das Betreten und Verlassen des von der LTTE beherrschten Gebiets ausgestellt werden. Da die meisten Banken im Norden geschlossen sind, haben die LTTE angefangen, in eigener Regie eine Art Notgeld zu drucken, und damit ein weiteres staatliches Hoheitsrecht für sich in Anspruch genommen.

Die Kämpfe zwischen dem Militär und den LTTE haben nach den großen Auseinandersetzungen um den Elefantenzaun – einem strategisch wichtigen Zugang zur Halbinsel von Jaffna – im Jahr 1991 nachgelassen. Auf beiden Seiten scheint man sich mit den dabei erreichten Geländegewinnen bzw. -verlusten abgefunden zu haben. Die Fronten verlaufen seitdem stabil. Die eigentlich sehr ungewöhnliche Situation von Grenzen innerhalb eines Landes mit Abgaben und Zöllen wird inzwischen schon irgendwie als normal angesehen. Auf der anderen Seite handelt es sich bei den andauernden Konflikten auch nicht einfach nur um eine ethnische Auseinandersetzung, die strikt nach den Abgrenzungen der Zugehörigkeit entweder zur singhalesischen oder tamilischen Volksgruppe verläuft. Auf seiten der Regierungstruppen sind verschiedene tamilische Gruppen, die sich gegen die LTTE gestellt haben, aktiv an den Kämpfen beteiligt.

In dem von den LTTE beherrschten Gebiet besteht seit Juli 1990 keine Elektrizitätsversorgung mehr. Die Preise für alle Güter des täglichen Lebens sind im Vergleich zu denen im Süden des Landes um ein Mehrfaches höher; oft sind diese Güter nur in geringen Mengen vorhanden oder gar nicht zu erstehen. Zu den Normalitäten in der Anormalität gehört, daß die Regierung mit Schiffen Grundnahrungsmittel wie Reis, Mehl und Zucker in den Norden bringen läßt. Allerdings reichen die gelieferten Mengen bei weitem nicht aus, um die auf engem Raum zusammengedrängten Menschen in Jaffna und Umgebung zu ernähren. Hinzu kommt, daß die

LTTE die Verwaltung der Lebensmittel in die Hand genommen haben, willkürlich Abgaben erhebt und manchmal die Menge der verfügbaren Lebensmittel aus taktischen Gründen künstlich verknappt. Arzneimittel sind seit langem sehr knapp. Post- und Fernmeldeverkehr sind ebenfalls lahmgelegt. Der weitgehende Zusammenbruch des Erziehungssystems durch die Schließung vieler Schulen und Ausbildungsstätten wird die tamilische Minderheit auch in Zukunft negativ belasten. Allerdings haben sich die LTTE sehr bemüht, möglichst viele Schulen und auch die Universität von Jaffna offenzuhalten und sogar die staatlich vorgeschriebenen Examenregelungen einzuhalten.

Im Osten des Landes haben sich die Beziehungen zwischen Tamilen und Muslimen sehr verschlechtert; es kam zu vielen gewaltsamen Auseinandersetzungen mit Toten und Verschleppten. Diese Auseinandersetzungen haben dazu geführt, daß in einzelnen Dörfern und Gebieten die Menschen zur Flucht gezwungen wurden. Die Zahl der aus ihren ehemaligen Wohngebieten vertriebenen Menschen ist gewaltig gestiegen. Man rechnet mit einer Million Flüchtlingen, von denen etwa 400 000 ins Ausland – nach Indien oder Europa – geflohen sind, während 600 000 im Inneren der Insel irgendwo als „internally displaced people“ Unterschlupf gefunden haben. Viele Tamilen sind wegen der anhaltenden militärischen Auseinandersetzungen in den Nord- und Ostgebieten der Insel in die südlichen Gebiete geflohen, in denen die Singhalesen die große Mehrheit bilden. Die tamilischen Flüchtlinge leben dann in Lagern, sofern sie nicht bei Verwandten unterkommen können.

Erste Schritte auf dem Weg der Versöhnung?

Chandrika Kumaratunga hatte nach der Parlamentswahl im August ein erstes positives Signal in Richtung der LTTE gesandt, indem sie ihre Bereitschaft erklärte, in bedingungslose Verhandlungen mit den Tamilen des Nordens einzutreten. Damit rückte sie von der harten Linie der vorausgegangenen Regierung ab, die immer darauf bestanden hatte, daß die LTTE vor der Aufnahme irgendwelcher Verhandlungen zuerst ihre Waffen niederlegen müßten. Ein erster konkreter Schritt in Richtung Verständigung war die Aufhebung des Handelsembargos, das von der vorherigen Regierung gegen die unter der Kontrolle der „Tamil Tigers“ stehenden Gebiete im Norden und Osten des Landes verhängt worden war. Auch der Wahlkampf für die Präsidentenwahl im November begann in einem Klima der Entspannung und des Bemühens um politische Fairneß über die Parteigrenzen hinweg. Am 24. Oktober kam es dann zum Attentat auf den Herausforderer der Opposition, *Gamini Dissanayake* von der United National Party, der von einem Selbstmordattentäter zusammen mit 56 anderen Politikern und Teilnehmern an seiner Wahlveranstaltung in die Luft gesprengt wurde. Das Attentat wies starke Parallelen zu den Attentaten auf Rajiv Gandhi in Madras 1991 und auf Sri Lankas Präsi-

dent *Ramasinghe Premadasa* im Mai 1993 auf. Mit dem Attentat ging die Aufbruchstimmung, die sich unmittelbar nach der Parlamentswahl Mitte August im Lande verbreitet hatte, abrupt zu Ende.

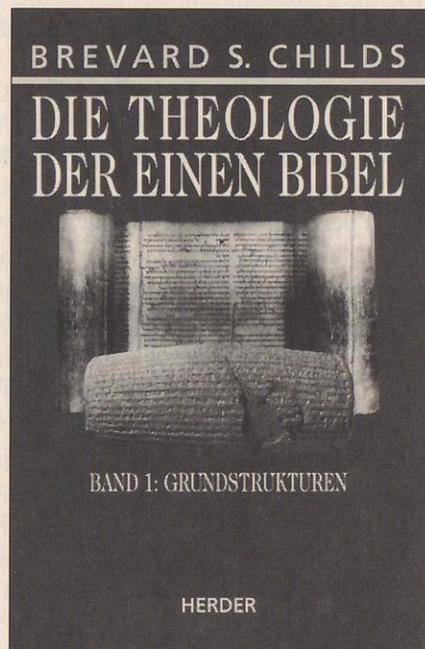
Von der Art des Anschlags her wurden die „Tamil Tigers“ für das Attentat verantwortlich gemacht, bisher haben sie aber die Verantwortung abgelehnt. Aber auch ohne ein Eingeständnis der Verwicklung der „Tamil Tigers“ in das Attentat wurden die Friedensgespräche mit ihrer Führung unter Prabhakaran auf Anordnung von Chandrika Kumaratunga bis zur Aufklärung des Attentats gestoppt, ohne aber mit dieser Maßnahme die Version der Opposition übernehmen zu wollen, die das Attentat den „Tamil Tigers“ anlastet. Die Versöhnungsgesten seitens der neuen Regierung Kumaratunga gegenüber der LTTE hatten dafür gesorgt, das Eis zwischen den Bürgerkriegsparteien ein wenig schmelzen zu lassen. Den Militärs auf seiten der Regierung ging der Versöhnungskurs schon zu weit, vor allem auch deswegen, weil diese vorsichtig Kritik am harten Vorgehen der Militärs hatte durchblicken lassen.

Während des Wahlkampfes versprach Frau Kumaratunga, daß sie nach ihrer Wahl zur Präsidentin von Sri Lanka versuchen werde, das Amt des Ministerpräsidenten aufzuwerten und ihn zur stärksten politischen Instanz zu machen. Die Funktion des Präsidenten solle dann auf die Wahrnehmung von Repräsentationsverpflichtungen zurückgeschraubt werden. Vor der Durchführung dieses Wahlversprechens steht allerdings erst einmal eine Verfassungsreform, die ohne die Mitarbeit der Opposition auf parlamentarischem Weg nicht durchzuführen sein wird. Sollte der Plan jedoch gelingen, wird angenommen, daß das neue Amt der Präsidentin an die jetzt 78jährige *Sirimavo Bandaranaike*, die Mutter von Chandrika Kumaratunga, gehen würde. Frau Bandaranaike wurde von ihrer Tochter jetzt für eine Übergangszeit bis zur Verfassungsreform zur Regierungschefin ernannt.

In einer ihrer ersten Stellungnahmen hat Frau Kumaratunga ihre Wirtschaftspolitik so umrissen: „Wir fühlen uns einer freien Marktpolitik verpflichtet. Denn wir haben eine klar umrissene Wirtschaftspolitik, in der der private Sektor die treibende Kraft sein wird.“ Die Ministerpräsidentin wird für die Einlösung dieser programmatischen Worte selber in erster Linie verantwortlich sein, da sie im Kabinett das Finanz- und das Planungsministerium für sich beansprucht. Erste Aufgabe wird die Überprüfung und Revision der liberalen Wirtschaftspolitik der vorausgegangenen Regierung sein.

Pater *Tissa Balasuriya*, der Direktor des „Centre for Society and Religion“ in Colombo, hat eine sorgfältige Untersuchung des *Programms für strukturelle Anpassung* der Weltbank und des Internationalen Geldfonds im Fall von Sri Lanka vorgenommen. Er kommt dabei zum Schluß, daß nicht die eigentlich angezielten positiven Ergebnisse, wie Einführung neuer Technologien, wirtschaftliches Wachstum, Gewinn neuer Märkte und Rückgang der Abhängigkeit von ausländischem Kapital, eingetreten sind, sondern im Gegenteil höhere Auslandsverschuldung und negative Bilanzen im Außenhandel. In Sri Lanka seien die Bedingungen für diese

Ein Meilenstein der Exegese



**Band 1:
Grundstrukturen**

Jetzt neu!

416 Seiten, gebunden mit Schutzumschlag,
DM 88,- /öS 687,- /SFr 88,-
ISBN 3-451-23291-X (Pflichtfortsetzung)

Band 2: Hauptthemen
erscheint im Sommer '95

Brevard S. Childs' zweibändige Theologie der Bibel ist die theologische Summe eines der bekanntesten Exegeten der Gegenwart: ein Werk, das internationale Maßstäbe gesetzt hat und die Forschungsergebnisse dieses Jahrhunderts souverän bündelt. Childs' Werk ist flüssig geschrieben, mit der Souveränität eines exegetischen Altmeisters. Es bietet für jedes Kapitel sorgfältig ausgewählte Literatur, weitgehend aus dem deutschen Sprachraum. Ein Meilenstein für die Exegese und eine nahezu unerschöpfliche Quelle für alle, denen die Kenntnis der Bibel am Herzen liegt.

In jeder Buchhandlung!

HERDER

Maßnahmen durch den andauernden Bürgerkrieg und die ständige Verletzung der Menschenrechte in besonderer Weise negativ gewesen. Grundsätzlich habe das Programm aber an seiner einseitigen Ausrichtung auf Förderung von Wirtschaft und Industrie unter Vernachlässigung der gesellschaftlichen und sozialen Auswirkungen gelitten.

Am schlimmsten sei jedoch das katastrophale Ansteigen der *Auslandsverschuldung*, die von 1988 bis 1993 um 187 Billionen Rupies gewachsen sei und auch die kommende Generation der Sri-Lankesen auf lange Zeit in Schuldknechtschaft bringe. Der Wert der srilankesischen Rupie sank von 33 Rupien für 1 US-\$ im Jahr 1988 auf 50 Rupien für 1 US-\$ im Jahr 1993. Während die landwirtschaftliche Produktion von Tee und Reis im fraglichen Zeitraum zum Teil erheblich zurückgegangen sei, habe sich der Verteidigungshaushalt jedes Jahr um 20 Billionen Rupien erhöht (T. Balasuriya, *Some Economic Legacies*, in: *Social Justice*, No. 88, Juli 1994, 3 f.).

Auch hohe buddhistische Mönche haben sich kürzlich besorgt über die Auswirkungen des wirtschaftlichen Wandels in Sri Lanka auf die religiösen Vorstellungen der Bevölkerung ausgesprochen. Die Leiter der Malwatta- und Asgiriya-Kapitel, der beiden führenden buddhistischen Orden des Landes, stellten fest, daß die Veränderungen im Lebensstil aufgrund des wirtschaftlichen Wachstums derzeit die größte Herausforderung für den Buddhismus darstellten. Die führenden Mönche sind dabei nicht generell gegen industrielle Entwicklung und wirtschaftliches Wachstum, sondern gegen die negativen Auswirkungen einer ungezügelter Entwicklung, in der materielle Werte ausschließliche Richtschnur des Handelns und der Erwartungen für immer größere Teile der Gesellschaft in Sri Lanka werden.

Die Rolle der Kirche in Gesellschaft und Staat

Die größte Religionsgemeinschaft Sri Lankas sind die (meist singhalesischen) Buddhisten mit 69 Prozent, während die (tamilischen) Hindus auf 15 Prozent kommen; der Anteil der Muslime liegt bei 7 Prozent. Da die Muslime in der Mehrzahl als Muttersprache Tamilisch haben, werden sie von den LTTE als Teil der tamilischen Volksgruppe betrachtet und oft gegen ihren Willen in die ethnischen Auseinandersetzungen einbezogen. Die Gesamtzahl der *Christen* beläuft sich auf 7,5 Prozent der Bevölkerung, wobei die katholische Kirche mit allein 6,9 Prozent die weitaus größte ist. Die Christen sind eine Minderheit, stellen aber, verglichen mit den christlichen Kirchen anderswo in Asien, durchaus eine wichtige Größe im Lande dar. Auch wenn das Christentum auf Sri Lanka immer noch das Stigma der kolonialen Vergangenheit trägt, ist es doch die einzige Religionsgemeinschaft, die überall im Lande und in allen ethnischen Gruppen vertreten ist. Schon von daher kommt der Kirche eine besondere Verantwortung für die Belange der nationalen Einheit zu.

In der Vergangenheit hat die katholische Bischofskonferenz sich mehrfach mit Hirtenbriefen für Verständigung und Ver-

söhnung in Sri Lanka eingesetzt, z. B. 1984 und zuletzt 1992. Darin nennen die Bischöfe die sozialen Mißstände wie die Inflation, die schwierige Lage der Bauern, die Beeinträchtigung der Menschenrechte und die Schrecken des Bürgerkrieges durchaus beim Namen und rufen zur Versöhnung und Verständigung auf. Sie wenden sich vor allem an die politischen Führer des Landes mit der Aufforderung, Parteiinteressen hintanzustellen und das Wohl der gesamten Nation im Auge zu haben.

Der Leiter des „Social and Economic Development Centre“ in Colombo, eines von der Bischofskonferenz unterhaltenen Zentrums für gesellschaftliche und wirtschaftliche Fragen, Fr. *Oswald Firth*, begrüßte Analyse und Stellungnahme der Bischöfe grundsätzlich. Er wandte allerdings ein, daß der Appell an die Politiker alleine nicht ausreiche. Die Bischöfe hätten sich generell an die Gläubigen unter Christen, Buddhisten, Hindus und Muslimen wenden sollen, um das entsprechende Potential in allen Religionen zu mobilisieren. Eine mögliche Lösung könne letztlich nur durch den Appell an die Basis, d. h. von unten her, bewerkstelligt werden.

Andererseits hat es auch immer wieder Vorwürfe gegeben, die Bischofskonferenz unterstütze aufgrund ihrer Zusammensetzung eher die Anliegen der singhalesischen Mehrheit und lasse es an Offenheit für die Probleme der tamilischen Minderheit fehlen. Die singhalesischen Christen stünden in der Gefahr, aus ihrem Minderheitenkomplex heraus eine „Pseudo-Solidarität“ mit der singhalesischen Mehrheit zu entwickeln, um sich so aus der Gefahrenzone zu halten. Noch in den letzten Wochen hat der Rektor des Priesterseminars von Jaffna, *Emmanuel J. Seemampillai*, der gleichzeitig auch Generalvikar der Diözese ist, in seinem Jahresbericht zu Beginn des akademischen Jahres die Kirche in Sri Lanka aufgefordert, ihre prophetische Funktion besser zu erfüllen. Die Kirche dürfe sich nicht hinter der Rolle einer kleinen Minderheit verstecken und aus taktischen Gründen politische Abstinenz in den großen nationalen Fragen heucheln. Die Aufgabe der Kirche könne nicht darin bestehen, eine apolitische Haltung der vornehmen Distanz einzunehmen, aus der heraus sie Gewaltanwendung verurteile und sich auf die humanitäre Hilfe für die Opfer beschränke, die sie wegen ihrer Verbindungen zu Hilfsorganisationen aus dem Ausland zu beschaffen imstande sei.

Dabei spricht er die kirchlichen und politischen Entscheidungsträger im Süden des Landes sehr direkt an, daß sie sich um mehr Verständnis für die Hintergründe der ethnischen Auseinandersetzung bemühen müßten, damit der in letzter Stunde begonnene Friedensprozeß doch noch zu einem guten Ende gebracht werden könne. Emmanuel Seemampillai wirft den kirchlichen Führungskräften vor, durch ein schon auffälliges Schweigen in jüngster Zeit hätten sie sich weitgehend der politischen Argumentation der führenden Kräfte und Parteien untergeordnet. Es gebe eine Kluft innerhalb der katholischen Kirche und der Bischofskonferenz in Sri Lanka – er spricht von einer *tamilischen und einer singhalesischen Kirche* –, die darin bestehe, daß die direkt von Bürgerkrieg, Tod und Vernichtung betroffenen und bedrohten ta-

milischen Christen eine andere Wahrnehmung, Sprache und Theologie hätten als die in der relativen Sicherheit lebenden und aus ihr sprechenden singhalesischen Kirchengremien in Colombo.

Im Zusammenhang mit der Reise, die Johannes Paul II. im Januar 1995 auf die Philippinen führen wird, ist auf dem Rückweg ein kurzer Besuch in Sri Lanka vorgesehen. Geplant ist ein Kurzbesuch von zwei Tagen am 20. und 21. Januar 1995 in Colombo. Während des Besuchs wird Johannes Paul II. die Seligsprechung von Joseph Vaz (1651–1711) vornehmen, der als indischer Oratorianerpriester im 17. Jahrhundert die katholische Kirche vor dem Untergang während der holländischen Kolonialherrschaft bewahrt hat. Im Vorfeld des Besuches hat es eine Kontroverse um die Opportunität des Papstbesuchs zum jetzigen Zeitpunkt gegeben. Seitens tamilischer Katholiken aus dem Gebiet um Jaffna und der Ostprovinz wird eingewandt, daß der Papst angesichts der innenpolitischen Spannungen de facto nur die katholischen Singhalesen besuchen werde.

Spannungen zwischen Christen und Buddhisten

Sri Lanka gilt als Heimat des reinen Theravada-Buddhismus. 1993 wurde das Jubiläum der Einführung des Buddhismus vor 2300 Jahren feierlich begangen. Das Verhältnis zwischen Buddhisten und Christen auf Sri Lanka ist im allge-

meinen gut. Dialog und Begegnung werden von einer Reihe von Einzelpersonen und Gruppen in beiden Religionsgemeinschaften regelmäßig gepflegt und weitergeführt. Protestantische wie katholische Theologen haben sich im Dialog mit Buddhisten engagiert. Die vom protestantischen Theologen Lynn de Silva gegründete Zeitschrift „Dialogue“ wird von Aloysius Pieris SJ weitergeführt. Das von Pieris gegründete Zentrum in Tulana leistet bahnbrechende Arbeit in der Grundlagenforschung und im aktuellen Vollzug des Dialogs mit den Buddhisten.

Belastungen entstehen immer wieder um die Frage der *Konversion* und der Missionsbestrebungen christlicher Kirchen und Gruppen. Buddhistische Führer reagieren auf Kampagnen meist evangelikaler Gruppen, durch oft großzügigen Einsatz finanzieller Mittel unter den Buddhisten Bekehrungen zu erreichen, mit scharfer Kritik. Im August 1993 wurde eine große Konferenz mit Vertretern der vier großen Religionen – Buddhismus, Hinduismus, Islam und Christentum – abgehalten, um das Problem der *Konversionen mit unlauteren Mitteln* zu besprechen. Wenn man sich auch darauf einigen konnte, Konversionen mit unlauteren Methoden generell zu verurteilen, so blieb es in der Frage, ob Konversionen generell zu mißbilligen seien, bei gegensätzlichen Positionen, da Buddhisten und Hindus jede Form von Mission mißbilligen, Christen und Muslime aber am Verkündigungsauftrag als Wesensbestandteil ihrer religiösen Überzeugung festhalten.

Georg Evers

Kurzinformationen

Situation der Kinder als Schwerpunktthema der EKD-Synode

Bei ihrer diesjährigen Tagung vom 6. bis 11. November in Halle/Saale widmete sich die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland als Schwerpunktthema der Lage der Kinder in Gesellschaft und Kirche. Ein Vorbereitungsausschuß hatte eine ausführliche Vorlage zum Thema erarbeitet, weiteren Diskussionsstoff lieferte in Halle das Referat der Kölner Pädagogin Christa Berg. Frau Berg charakterisierte die gegenwärtige Situation der Kinder u. a. mit den Stichworten der „Verhäuslichung“ und „Verinselung“ des Kinderlebens, der

„Equipierung“ der Kindheit mit immer mehr Konsumgütern, der domestizierten Kindheit und der „fürsorglichen Belagerung“ durch die Expansion institutioneller pädagogischer bis kindertherapeutischer Zuständigkeiten und Professionalisierungen. Die Pädagogin forderte, all das zu schützen, was zu Kindern gehöre, ihre Stärke ausmache und nur ihnen ungebrochen eigentümlich sei: „Ihre Neugier, ihre Spontaneität, ihre Konkretion, ihr Vertrauen, ihre Lebensfreude, ihr Lernwille und Lerneifer, ihr Eigen-Sinn.“ In einem Beschluß zum Schwerpunktthema forderte die Synode einen Perspektivenwechsel in dem Sinn, daß Kindern ein fester Platz in der Wahrnehmung Erwachsener eingeräumt werden müsse und sich Erwachsene

immer wieder neu auf den oft mühsamen Prozeß einlassen müßten, Kinder wirklich zu verstehen. An die Adresse der politisch Verantwortlichen richtet sich die Forderung, überzeugende und wirksame kinderfreundliche und familiengerechte Rahmenbedingungen zu schaffen. Die Kinder, so die Synode, bräuchten eine Kirche, „die sich durch sie prüfen läßt, die für sie eintritt, die ihnen Raum zum Aufwachsen in schwieriger Zeit und darin das Evangelium vom anbrechenden Reich Gottes als Lebenserfüllung anbietet“. Die Gemeinden und alle erwachsenen Christen seien im Blick auf die Hinführung der Kinder zum Glauben nach der Überzeugungskraft ihres Lebenszeugnisses und der Klarheit sowie Verständlichkeit ihres Glaubenszeugnisses